

Angleichung der Lebensverhältnisse Ost - West

Stand der Perspektiven

Wolfgang Schmidt, Mitglied des Vorstandes

Unter diesem Thema stand eine sozialpolitische Tagung, gemeinsam organisiert von der Volkssolidarität und dem Sozialverband Deutschland (SoVD).

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Christoph Bergner, kompetente Referenten vom Städte- und Gemeindetag, dem DGB, der Wirtschaftswissenschaft und die Ostbeauftragten der Fraktionen im Bundestag (außer CDU) erläuterten ihre Standpunkte und stellten diese zur Diskussion.

Nachgewiesen wurde, dass die im Grundgesetz geforderte Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen im Verhältnis Ost-West seit 1996 de facto stagniert. Auch die Perspektive erscheint wenig optimistisch. Hatte Helmut Kohl noch „blühende Landschaften“ in drei bis fünf Jahren versprochen, wird die Angleichung beim heutigen Tempo auf zwischen 50 und 320 Jahre prognostiziert, obwohl nur noch die Angleichung mit dem wirtschaftlich schwächsten Bundesland Schleswig-Holstein anvisiert wird.

Die 100 größten Betriebe im Osten erbringen noch nicht einmal 50 Prozent der Wirtschaftsleistung eines Großkonzerns wie Daimler im Westen. Alle DAX-Unternehmen und fast die gesamte Industrieforschung sind im Westen angesiedelt. Kleinteilige Wirtschaft, geringere Exportchancen, Überalterung, niedrige Tarif-

bindung, niedrigere Löhne und höhere Arbeitslosigkeit sind charakteristische Merkmale des Ostens. Allerdings existieren auch im Westen strukturschwache Regionen, was jedoch – wie Roland Claus (DIE LINKE) zutreffend bemerkte – im Osten Standard und im Westen die Ausnahme ist.

Aus der Sicht unseres Vereins waren die Ausführungen zur Perspektive der Rentenangleichung Ost-West von besonderem Interesse.

Dr. Bergner erklärte, dass er entschieden gegen die im Koalitionsvertrag vorgesehene

baldige Angleichung der Rentenwerte Ost an West gekämpft habe, da diese den Rentnern in Ost und West nur Nachteile gebracht hätte.

Da die Renten vom Lohnniveau abgeleitet werden, würden die Westrentner durch die Einbeziehung der Ostlöhne auf einen niedrigeren Durchschnittslohn gebracht, die künftigen Ostrentner würden durch den Wegfall der Höherbewertung ihrer Löhne Einbußen erleiden. Er verschwieg aber, dass mit dem auch von Volkssolidarität und SoVD unterstützten Verdi-Modell vernünftige, steuerfinanzierte Lösungsvorschläge dazu längst vorliegen.

Der Rentenwert Ost beträgt ab 01.07.2013 91,5 Prozent des Rentenwertes West. Interessant ist, welche Auswirkungen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes auf den

Rentenwert Ost hätte. 40,1 Prozent der Beschäftigten im Osten (18,7 Prozent im Westen) sind im Niedriglohnsektor tätig. Ein Mindestlohn von 8,50 € würde zu einer Erhöhung des Rentenwertes Ost um 2,8 Prozent führen, ein Mindestlohn von 10,00 € würde diesen Wert sogar um 4,8 Prozent erhöhen. Entsprechend niedriger würde die Finanzierung aus Steuermitteln ausfallen.

Nebenbei wurde erwähnt, dass nach einer Modellrechnung ein Mindestlohn von 14,00 € erforderlich sei, damit die heute in das Berufsleben Eintretenden einmal eine Rente auf dem Niveau der Grundsicherung erreichen können. Die Rücknahme der Absenkung des Rentenniveaus im Verhältnis zum Lohnniveau (derzeit 48 Prozent, geplant: 43 Prozent) ist in diesem Zusammenhang besonders bedeutsam.

Von den Parteien im Bundestag fordert nur DIE LINKE, die Höherbewertung der Ostlöhne für die Rentenberechnung so lange beizubehalten, wie keine Lohnangleichung erfolgt ist. SPD und GRÜNE wollen Härtefallregelungen einführen, von CDU und FDP ist in dieser Hinsicht nichts zu erwarten. Erstaunlicherweise ignorierte auch die Ostbeauftragte der SPD das Verdi-Modell.

Außer der Partei DIE LINKE sind sich die Bundestagsparteien auch darin einig, dass mit dem Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahre 2019 die besondere Förderung der neuen Bundesländer beendet wird. Einen Solidarpakt III wird es vermutlich nicht geben. In der Diskussion ist allerdings, wie strukturschwache Regionen in ganz Deutschland künftig unterstützt werden sollen und ob und wie dazu auch weitere Mittel der Europäischen Union eingesetzt werden. Auch der Länderfinanzausgleich soll evtl. neu geregelt werden. So könnte ein demographischer Faktor eingeführt werden, der der Überalterung in bestimmten Regionen Rechnung trägt.

Mittlerweile haben bereits drei Millionen Rentner im Osten eine Rentenanpassung Ost-West nicht mehr erlebt. Die Bundestagswahlen im September dieses Jahres sind eine wichtige Gelegenheit, den Prozess der Rentenangleichung und unseren weiteren sozialpolitischen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

DIE LINKE – Programm zur Bundestagswahl 2013

Horst Eismann, Mitglied des Vorstandes

Auf Einladung des Parteivorstandes nahmen, neben Vertretern anderer Verbände und Vereine, auch Horst Parton und Horst Eismann als Vertreter von ISOR am Parteitag der Partei DIE LINKE teil. Ihr Bundestagswahlprogramm unter dem Motto des Parteitags „100 Prozent sozial.“ wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es zeigt Lösungswege auf zur Beseitigung vieler sozialer Ungerechtigkeiten im Lande, die allerdings eine starke Fraktion der Partei DIE LINKE im Bundestag erfordert. „Es ist doch kein Zufall“, erklärte

Bernd Riexinger einleitend, „dass in Deutschland heute alle Parteien von sozialer Gerechtigkeit reden. Das hat auch damit zu tun, dass es DIE LINKE gibt. Ohne uns könnten die anderen Parteien das Wort sozial nicht einmal buchstabieren“, und er machte zugleich aufmerksam, dass ernsthafte soziale Lösungen allein von seiner Partei zu erwarten sind. Er warf der SPD eine „hirnlose und kindische Abgrenzungspolitik nach links“ vor, und „es wäre höchste Zeit für einen Lagerwahlkampf“. Dies sei aber mit

SPD und Grünen unmöglich. Den Verdacht, „vor der Wahl links zu blinken und nach der Wahl rechts abzubiegen“, könnten beide Parteien nicht ausräumen.

Unter Hinweis auf die „Agenda 2010“, auf die die SPD bis heute stolz ist und die sie feiert, fragte er rhetorisch: „Wie kann man als Sozialdemokrat stolz darauf sein, Millionen Menschen in die Armut geschickt zu haben?“ DIE LINKE werde sich mit dem „Hartz IV -System“ nicht abfinden und der Wahltag müsse auch zu

einem „Aufstand der grauen Köpfe“ werden. Für uns ist der Kapitalismus nicht das Ende der „Geschichte“, betonte er.

Die Partei DIE LINKE präsentiert sich mit ihrem Wahlprogramm als einzig wirkliche soziale Kraft und bekräftigt so die Richtigkeit unserer gemeinsam mit anderen Verbänden veröffentlichten „Gemeinsamen Erklärung“ (**ISOR aktuell** 3/2013) zur Bundestagswahl 2013 zu ihrer Unterstützung im Wahlkampf. Riexinger erklärte, dass seine Partei zum Lager der sozialen Gerechtigkeit gehöre. Keine andere Partei im Bundestag könne das für sich behaupten. Deshalb, so erklärte er, führe seine Partei einen Lagerwahlkampf und keinen Koalitionskampf. Dies heißt in der Wirkung, – so Riexinger:

- Löhne rauf, und zwar saftig,
- Renten rauf, und zwar saftig,
- Millionäre besteuern, und zwar saftig,

- Schluss mit der Kürzung der Löhne, der Renten und der Sozialleistungen.

Wer im Parlament vertreten, nicht aber im Alltag in Bürgerinitiativen verwurzelt ist, könne keine Macht in der Gesellschaft entfalten.

In zwanzig Punkten begründete Gregor Gysi dann, wofür die Partei DIE LINKE in der kommenden Legislatur streiten will und was sie nach Möglichkeit auch durchsetzen wolle. Schwerpunkte sind gesicherte Arbeit ohne Niedriglöhne, Ausbau der Mitbestimmung in der Gesellschaft und in den Betrieben, – Garantie für die sozialen Grundrechte, Verhinderung von Altersarmut, das Sicherungssystem der gesetzlichen Rente müsse wieder auf 53 Prozent erhöht werden, Schluss mit der Zweiklassenmedizin, Steuererhöhung für Reiche, bezahlbare Mieten, Geschlechtergerechtigkeit, Friedenspolitik.

Nein zum Krieg und Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr, Entwicklung einer Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt.

Das Ziel der Partei bestehe darin, aus der gesellschaftlichen Mehrheit eine politische Mehrheit zu machen. In der Bevölkerung gäbe es in Diskussionsrunden eine breite Zustimmung für die Forderungen der Partei DIE LINKE, dies komme aber bisher beim Deutschland-Trend noch nicht zum Ausdruck. Wer aber Demokratie wolle, müsse bereit sein, die wirtschaftliche Macht des Großkapitals zu brechen.

Alles in Allem: Es gibt – so das Ergebnis unserer Beobachtungen – viele Gründe, an unserem Wahlauftritt 2013 vom Jahresanfang festzuhalten und wir bitten, in diesem Sinne in den

Wahlkampf zu gehen und die Partei DIE LINKE aktiv zu unterstützen.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Horst Parton verwies auf eine vorgesehene Debatte im Bundestag am 28.06.2013, in der erneut auch Anträge der Partei DIE LINKE zur Rentenangleichung Ost-West sowie zur Bildung einer Bund-Länder-Gruppe zur Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht behandelt werden sollen. Darin enthalten ist erneut die Forderung, den Missbrauch des Rentenrechtes als politisches Strafrecht abzuschaffen.

*

Dr. Rolf Scheffel berichtete über seine Teilnahme an der Präsidiumssitzung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV), u.a. über eine in Bochum geplante Veranstaltung zum Jahrestag der DDR.

*

Eine Abordnung des Vorstandes unter Leitung von Prof. Dr. Horst Bischoff wird an der für den 02.07.2013 geplanten Ehrung für den ermordeten Volkspolizisten Helmut Just anlässlich seines 80. Geburtstages teilnehmen.

*

Der Vorstand beschloss die Bildung einer Kommission zur Organisation der solidarischen Hilfe für hochwassergeschädigte ISOR-Mitglieder unter Leitung von Peter Speck und die Veröffentlichung eines Spendenaufrufes in **ISOR aktuell**.



In Fortsetzung der Themenreihe zu aktuellen politischen und sozialen Entwicklungen in den verschiedenen Regionen der Welt hatte die **TIG Köpenick** am 22. Mai 2013 Günter Mauerberger, ehemaliger Botschafter der DDR und heute aktiv in der Nichtregierungs- und Friedensorganisation Nahost Forum tätig, zur Einschätzung der komplizierten und bedrohlichen Lage in Nahost eingeladen.

In seinen interessanten, fundierten Ausführungen wurde deutlich, wie die führenden Westmächte versuchen, die Ereignisse des sogenannten arabischen Frühlings für die weitere Veränderung der geostrategischen und geökonomischen Lage zu ihren Gunsten auszunutzen, indem sie vor allem mit der Unterstützung der Türkei, Saudi-Arabiens und Katars gezielt einen Keil zwischen das Zweckbündnis Russland und China entlang der Grenzen des ehemaligen osmanischen Reiches treiben. Dies betrifft das riesige Gebiet von Nordafrika, berührt Irak und Iran bis zu den postsowjetischen Staaten Turkmenien, Usbekistan, Kirgisien und Kasachstan, die vorwiegend islamistisch geprägt sind.

Die unterschiedlichen Haltungen und Handlungen im gegenwärtigen syrischen Bürgerkrieg von Seiten der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands und Israels einerseits sowie von Russland, China und Iran andererseits kann man so besser erkennen.

Dabei wurde deutlich, dass der Krieg zur Lösung der brennendsten Probleme der Menschen auch in Nahost keine Alternative ist, vielmehr die Lage verschärft und letztlich un-

seren gesamten Erdball an den Rand eines erneuten Weltbrandes führen kann. Darum können diese Konflikte nur mit friedlichen Mitteln auf dem Wege von Verhandlungen aller beteiligten Seiten entschärft und bereinigt werden.

Die Anwesenden waren sich einig, dass angesichts gleichgeschalteter Medien solche Meinungsaustausche unentbehrlich sind. Wir stützen uns dabei aber auch zunehmend auf gestandene Genossen und Freunde.

Ruth Werner hat uns einmal in einem Forum ans Herz gelegt, dass man zwar eine besondere Gabe entwickeln kann und muss, zwischen den Zeilen zu lesen, aber ohne Herz und Verstand zu seiner Klasse geht das gar nicht. Wenn man so herangeht, dann versteht man besser, warum beispielsweise vor wenigen Tagen der BND mit einem Langstreckenjet in Damaskus gelandet ist, Großbritannien allen Aufständischen Waffen liefern möchte, und die EU starke Kräfte aus den USA im Nacken hat.

Dieter Tuschinski

*

„Das gemeinsame Wirken für Frieden und soziale Gerechtigkeit führt scheinbar von uns ferne Gruppen der Gesellschaft näher heran,“ schrieb ISOR-aktuell im April. Wie nahe wir uns sind, erwies sich Ende Juni auf einer gemeinsamen Veranstaltung der **TIG Güstrow, Bützow und Sternberg**, an der neben unseren bekannten Bündnispartnern von der Partei DIE LINKE, RotFuchs e.V., GRH, GBM und dem Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen

i.G. ein zunächst möglicherweise Erstaunen hervorrufender Gast teilnahm: Professor Gert Wendelborn, international bekannter Theologe, Fachgebiet Ökumenik und neue Kirchengeschichte, ehemals Abgeordneter der CDU- Fraktion in der Volkskammer, des Friedensrates der DDR, Inhaber vieler weiterer Funktionen, scharfsinniger Kritiker der menschenfeindlichen kapitalistischen Gesellschaftsordnung und demzufolge vom Klerus nicht gelitten. Eine seiner Thesen spricht davon, dass für das Heil des Menschen der christliche Glaube unverzichtbar ist, für das Wohl des Menschen dagegen die sozialistische Gesellschaftsgestaltung. Im Eintreten für die Würde des Menschen und seiner freien Entfaltung als soziales gesellschaftliches Wesen gegen jedwede Diskriminierung werden die auf dem Papier stehenden Normen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht und geschützt.

Gefühl und Verstand als Antipoden für Weisheit und Klugheit werden durch die herrschende Ideologie pervertiert, damit solche Begriffe und Zustände wie „Krieg“, „Gefallene“ u.ä. als Bestandteile imperialistischer Politik wieder akzeptiert werden. Prof. Wendelborn wies anlässlich des 120. Geburtstages und 40. Todestages Walter Ulbrichts auf dessen friedliche, dem Humanismus dienende Politik hin, die vertrauensvolle Beziehungen zu leitenden Kirchenmännern, wie z.B. Bischof Mitzenheim einschloss.

Unter der Moderation entwickelte sich eine interessante und alle bereichernde Diskussion, die natürlich auch Fragen zur Straffrente und ihr Verhältnis zum Menschenrecht enthielt, die Prof. Wendelborn in spezifischer Form nicht unbekannt sind.

Die **TIG Uckermark** in Prenzlau hatte bereits im April anlässlich ihres 20jährigen Bestehens zu einer Feier eingeladen, an der auch als Gäste Vertreter anderer linker Organisationen, der Partei DIE LINKE und Vertreter der DKP teilnahmen. „Gleich, welche Partei: Mit Menschen, die die gleichen Interessen haben, muss man einfach zusammenarbeiten,“ betonte Prof. Bischoff, der im Auftrag des Vorstandes von ISOR verdienstvolle Aktivisten der TIG Prenzlau ehrte. Der Blick über den Tellerrand bündelt und aktiviert Kräfte und Möglichkeiten.

Die bevorstehende Bundestagswahl und die Vertreterversammlung von ISOR sind in vielen TIG Anlässe, mit potentiellen und vielleicht auch bisher nicht ins Auge gefassten Partnern ein Stück des Weges gemeinsam zu gehen.

Wolfgang Kroschel

*

Am 29.05.2013 fand in Halle eine Versammlung der Mitglieder der **TIG Halle**, der **TIG**

Merseburg und der **TIG Saalkreis** statt, an der der Vorsitzende unserer Interessengemeinschaft Horst Parton teilnahm. Er informierte ausführlich über die Entwicklung und den derzeitigen Stand unseres Kampfes um Rentengerechtigkeit. Schwerpunkt bildete dabei wie erwartet die beim Bundesverfassungsgericht eingereichte Verfassungsbeschwerde und die weitere Entwicklung unserer Interessengemeinschaft. Auch künftig gilt es, unseren Kampf im engen Zusammenwirken mit den im OKV verbundenen Verbänden zu führen. Mit Ausblick auf die bevorstehende Bundestagswahl sollte nicht vergessen werden, dass bei aller Kritik und unterschiedlicher Auffassungen zu ihrer Politik die Partei Die LINKE als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien unser Anliegen unterstützt.

Jürgen Stenker

*

Mit der Neuwahl des Vorstandes der **TIG Salzwedel** wurde eine Neuorientierung für die Arbeit beschlossen. Bei der Erarbeitung des Jahresplanes für 2013 wurde mehr Augenmerk auf die soziale Komponente und den inneren Zusammenhalt gelegt. Daran orientieren sich auch die festgelegten Aktivitäten.

So können wir auf einen erfolgreichen Abschnitt zurückblicken.

Im April fand der erste Frauentreffpunkt statt, der gut ankam und im Monat Juli wiederholt wird. Die Skatspieler trafen sich im Mai zu einem Turnier mit attraktiven Preisen, die von ISOR-Mitgliedern gesponsert wurden.

Als Höhepunkt unserer Arbeit des vergangenen Halbjahres gestaltete sich das erste Sommerfest unserer TIG am 12. Juni. Der Vorstand begrüßte mehr als 40 Mitglieder sowie Gäste vom Bundeswehrverband und des Kreis seniorenrates.

Bei Kaffee und Kuchen war es für alle ein gelungener kurzweiliger Nachmittag mit interessanten Gesprächen über politische Themen sowie über unseren Kampf um Rentengerechtigkeit.

Unser nächster Höhepunkt ist das Altmarktreffen am 21.09.2013 um 13.30 Uhr in der Gaststätte „Feine Sache“ in Jeggeleben.

Willfrid Romatschke

*

Die **TIG Quedlinburg** führte am 19.Juni ihre planmäßige Mitgliederversammlung durch.

Zunächst wurde der Delegierte für die Vertreterkonferenz gewählt und anschließend dem jetzigen TIG-Vorstand weiterhin das Vertrauen ausgesprochen.

Leider hatte unser eingeladenener Gastreferent, der Bundestagsabgeordnete Jan Korte, sein Kommen aus Termingründen absagen müssen.

Aus aktuellem Anlass thematisierten wir daraufhin die von Politik und Medien gleichgeschaltete Lügenkampagne im Zusammenhang mit dem 17.Juni 1953, welcher möglichst wieder als Feiertag gelten soll. Insbesondere die „Historiker“ der BStU beabsichtigen damit, diesen Tag den Jugendlichen immer wieder ins Gedächtnis zu rufen, denn laut einer Umfrage wissen von zehn Jugendlichen neun nicht, was am 17.Juni 1953 geschah.

In diesem Zusammenhang ist es auch nicht verwunderlich, dass Herr Knabe an diesem Tag in einem Kommentar in der Bildzeitung forderte, den „Mutigen“ des 17.Juni ein Denkmal zu setzen.

Heinz Tischner

*

Am 29. Mai 2013 führte die **TIG Schwerin** eine Vereinsversammlung durch, an der auf Einladung territoriale Vertreter der mit uns verbundenen Organisationen/Vereine GBM, GRH, RotFuchs, Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR i. G. und des Bundeswehrverbandes Kameradschaft Ost teilnahmen. In Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2013 zeichnete unser Gast, der Spitzenkandidat der Partei DIE LINKE, Dr. Dietmar Bartsch, in seinen Ausführungen ein objektives Bild der Entwicklung der zu Ende gehenden Legislaturperiode und was von den vollmundigen Wahlversprechen der regierenden neoliberalen Parteien übriggeblieben ist. Mit konkreten Fakten und unwiderlegbaren Zahlen konnte er einmal mehr den Nachweis erbringen, dass nur die Linkspartei als Interessenvertreterin der sozial Benachteiligten und als Friedenspartei in Bundes-Deutschland präsent ist und auch in ihrem neuen Wahlprogramm-Entwurf sich dazu positioniert. DIE LINKE wird uns in unserem weiteren Kampf um Rentengerechtigkeit und gegen das Rentenstrafrecht auch künftig sowohl politisch als auch durch die parlamentarische Auseinandersetzung unterstützen.

Im Referat und der anschließenden vielfältigen Diskussion beantwortete Dr. Bartsch offen, sachlich-kritisch und optimistisch unsere Lebensfragen, wobei auch die Entlarvung der „einschläfernden Politik der Bundeskanzlerin“ nicht zu kurz kam.

Das offene, sachliche Gespräch als wirkungsvolles Gegenmittel zu den laufenden und verstärkt zu erwartenden Diffamierungskampagnen in den Medien und den kommenden Wahl“schlachten“ als Mittel und Weg zu einer Demokratisierung der Lebensumstände und künftigen Stimmengewinne ist vorgezeichnet.

Die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe unserer TIG-Mitglieder für DIE LINKE am Wahltag bezeichnen alle als alternativlos.

Zur finanziellen Unterstützung des Wahlkampfes der Partei DIE LINKE übergab unser

TIG-Vorsitzender einen Spendenbetrag von 1203,90 € an den Kreisverband der Partei.

Der ehemalige Landesbeauftragte Siegfried Felgner, Vorstandsmitglied ISOR, überreichte Dr. Dietmar Bartsch ein Exemplar der Publikation „Probleme gruppengerechter Versorgungsüberleitung § 7 AAÜG im Lichte des Grundgesetzes“ von Prof. Dr. D. Merten zu persönlichem Bedarf und Nutzung im politisch-parlamentarischen Kampf.

Siegfried Markgraf

*

Der Vorstand der **TIG Marzahn** nimmt den Halbjahresbericht der Revisionskommission zum Anlass, um allen Mitgliedern und den

Betreuern für das Kassierungsergebnis zu danken. Unser besonderer Dank gilt den Angehörigen des Mdl, die als ISOR- Mitglieder den Verein durch jahrelang hohe Spenden neben ihren Mitgliedsbeiträgen solidarisch unterstützen und auf diese Art ihre Verbundenheit bei der Lösung der anspruchsvollen Aufgaben in unserem gemeinsamen Kampf für Rentengerechtigkeit bekunden. Das verleiht uns Zuversicht und Stärke, unseren Weg fortsetzen zu können.

Gleichzeitig grüßen wir alle ehemaligen Angehörigen der Deutschen Volkspolizei, deren Gründungstag sich zum 68. Male jährt.

Johannes Auerswald

*

Im Leben unserer seit nun über 20 Jahre bestehenden **TIG Sonneberg/Neuhaus** bildete das Wochenende des 14./15.06.2013 einen besonderen Höhepunkt.

Unserer Einladung waren die stellvertretenden Vorsitzenden von ISOR Prof. Dr. Horst Bischoff und Dr. Rainer Rothe gefolgt, mit denen wir gemeinsam zwei gelungene Tage verbrachten. Besonders möchte ich mich bei den Mitgliedern der Nachbar-TIG Hildburghausen und Saalfeld/Rudolstadt sowie bei unseren Freunden aus Suhl Jochen Gladitz und Gerhard Neupert an der Spitze für ihre Teilnahme bedanken.

Mir war besonders daran gelegen, unseren Mitgliedern durch das persönliche Zusammentreffen mit unseren Freunden aus Berlin den gemeinsamen Geist und Willen des Kampfes gegen die kollektive Bestrafung der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Kräfte der DDR zu demonstrieren. Über 20 Jahre Verfolgung, Kriminalisierung und Ausgrenzung aus der Gesellschaft machen doch viele mutlos, und Resignation im Kampf um Rentengerechtigkeit bei einzelnen Mitgliedern sind verständlich.

So wurde auch beim abendlichen Zusammensein in gemütlicher Runde bei einem Glas Bier die kameradschaftliche Verbundenheit zu unseren Gästen aus Berlin zementiert.

Viele aktuelle Fragen in Vorbereitung der Bundtagswahlen zur Zusammenführung der fortschrittlichen Kräfte und besonders der Rolle der Partei DIE LINKE wurden diskutiert.

Da auch kritische Standpunkte zur gegenwärtigen Rolle dieser Partei vertreten wurden, stellte Horst Bischoff überzeugend dar, dass einzig durch unseren politischen Kampf gemeinsam mit einer starken Linken die Beseitigung des Rentenstrafrechts auch in einem Bundesdeutschen Parlament zu erreichen sei.

Die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit mit den befreundeten Vereinen und Verbänden, auch bei der Beseitigung der Rentenungleichheit zwischen Ost und West, wurde

in den Vorträgen am 15.06.2013 herausgearbeitet.

Rainer Rothe stellte die Kompliziertheit des juristischen Kampfes in seinem Vortrag dar. Mit der Erarbeitung der beiden Gutachten als Grundlage für die Verfassungsbeschwerde sind alle Voraussetzungen eines juristischen Verfahrens gegeben.

Das Fazit aller Teilnehmer aus dem gemeinsamen Wochenende war, an unserem Kampf um Rentengerechtigkeit festzuhalten, unsere Kraft darauf zu konzentrieren, weitere ehemalige Genossen zu gewinnen und sie in unseren Kampf einzubeziehen.

Bei der Organisierung unserer erweiterten Mitgliederversammlung wurde durch den Vorstand der TIG eine aktive Arbeit geleistet, um viele Mitglieder anzusprechen und auch noch Abseitsstehende einzubeziehen.

Aus der kämpferischen Atmosphäre der Mitgliederversammlung heraus stellte ein ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Kräfte den Antrag auf Mitgliedschaft in ISOR und ein weiterer bat um Wiederaufnahme.

Manfred Pohl

Von Mitglied zu Mitglied

Hotel-Pension in der Lausitz, mitten im Grünen. Speisen im neuen Wintergarten!

Z.B. 7 ÜHP 259 €, **FeWo ab 75 €**.

Auch VP mgl. Prosp. 035894 30470

E-Mail: info@pensionweiser.de

Aus der Postmappe

Aus aktuellem Anlass bittet das OKV alle Verbände, die Aktion gegen das drohende Verbot von DDR-Symbolen zu unterstützen:

Bekanntlich wird gerade in letzter Zeit wieder viel gegen die DDR gebellt. Das Verbot von DDR-Symbolen wird gefordert, andere wollen Denkmäler in die Luft sprengen. Das DDR-Kabinett Bochum hat bereits seit Anfang Juni eine Petition gestartet: „Verbot von DDR-Symbolen? Wir sagen NEIN!“ Bitte unterstützt sie! Näheres dazu bei www.DDR-Kabinett.Bochum.de.

*

Unser Vereinsmitglied Helmut Wagner macht auf sein neues Buch: „Rechte in der Rada, 'Swoboda', Nationalismus und Kollaboration mit den Faschisten in der Ukraine und Europa“ aufmerksam.

(Verlag am Park 2013, 214 Seiten, 14,99 €). Er schreibt dazu: „Ich habe in diesem Buch die Ursprünge des Nationalismus in der Ukraine

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 6

Spendenaufruf für vom Hochwasser geschädigte ISOR-Mitglieder

Der ISOR-Vorstand ruft alle Vereinsmitglieder auf, hochwassergeschädigten ISOR-Mitgliedern solidarische Hilfe zu leisten. Mit dieser Spende soll geholfen werden, Schäden am Privatvermögen auszugleichen oder zu mildern, die nicht durch staatliche Hilfen, Versicherungen oder sonstige Zahlungen Dritter reguliert werden können. Es entspricht unserer Satzung, Betroffenen in dieser prekären sozialen Situation konkrete Hilfe aller Vereinsmitglieder zu gewähren.

Spenden können eingezahlt werden auf das **ISOR-Konto**

Konto-Nr. 171 302 0056
bei der Berliner Sparkasse
Bankleitzahl: 100 500 00
Verwendungszweck: „Hochwasser“.

Spenden können entweder durch Einzelnachzahler oder durch die TIG-Vorsitzenden bzw. beauftragte TIG-Mitglieder auf der Grundlage von Spendenlisten überwiesen werden. Spendenlisten müssen aus finanziellen und Überprüfungsgründen enthalten: Name, Vorname, Adresse, Betrag und Unterschrift.

Eine Spendenquittung kann aus steuerrechtlichen Gründen nicht ausgestellt werden. Über die Verteilung der Spenden entscheidet eine vom Vorstand eingesetzte Kommission unter rechtsanwaltlicher Aufsicht. Schriftliche Anträge von Betroffenen sind, versehen mit einer formlosen Stellungnahme der jeweiligen TIG, an die Geschäftsstelle zu richten.

nach dem 1. Weltkrieg und seine Verquickung mit dem Wiedererstehen des polnischen Nationalstaates bis hin zur Kollaboration mit dem Hitlerfaschismus dargestellt. Heute versteht man in der Ukraine, besonders in der Westukraine, diese Kollaboration als „Freiheitskampf“. Im Kontext habe ich diese Entwicklung, besonders in Osteuropa, sowohl aus historischer als auch aus gegenwärtiger Sicht beleuchtet. Dabei wird deutlich, dass sich die hier neu entstandenen Bewegungen und Parteien auf Organisationen, Parteien und Bewegungen berufen, die während des 2. Weltkrieges mit Hitlerdeutschland kollaborierten. Aufgrund der Aktualität dieser Problematik, erkläre ich meine Bereitschaft, dieses Buch bei einer Veranstaltung von ISOR näher vorzustellen.“

Lesenswert

Klaus Blessing / Manfred Manteuffel
Joachim Gauck. Der richtige Mann?

Kritische Anmerkungen anhand von Reden, Dokumenten und Zeitzeugenaussagen (Edition Berolina Berlin 2013, Sonderausgabe)
 ISBN 9 – 783867 – 898034
 192 Seiten, 9,99 €
 (40 % Rabatt bei Sammelbestellungen über die Geschäftsstelle von ISOR oder GRH)

Unter Bezug auf Dokumente, Medienberichte, Zeitzeugen und Zitate aus Reden und Darstellungen melden die Autoren Zweifel an. Sie thematisieren Gaucks Verhältnis zum Faschismus, seine problematischen Äußerungen zur deutsch-polnischen Staatsgrenze sowie seinen strittigen Umgang mit der eigenen Biographie und belegen, dass er es mit der Korrektheit seiner Aussagen nicht immer so genau nimmt.

Sie stützen sich dabei auch auf eidesstattliche Versicherungen, Medienberichte und Dokumente, aber auch auf ein rechtskräftiges Urteil des Landgerichts Rostock. Die Autoren machen

auf die Widersprüchlichkeit vieler Aussagen aufmerksam. Sie legen einen kritischen Beitrag lebendiger Demokratie vor, der sich deutlich von den einseitig huldigenden Hofberichterstattungen führender Medien abhebt und der das Fragezeichen im Titel sehr wohl begründet. Was charakterisiert das Buch besser, als dass seine 1. Auflage innerhalb von 10 Tagen vergriffen war? Aber die 2. Auflage steht schon bereit. **H.B.**

Wer sich, nachdem das Getöse um den 60. Jahrestages dieses Ereignisses etwas verklungen ist, für die Hintergründe, Ursachen und Auswirkungen der Juniereignisse in der DDR interessiert, dem sei die Information Nr. 2/2013 der GRH unter obiger Überschrift und dem Untertitel „Eine notwendige Wortmeldung“ wärmstens empfohlen.

Mit dieser Schrift ist es einer Autorengruppe der GRH auf überzeugende Weise gelungen, Ursachen der berechtigten Proteste der Arbeiter, das nationale und internationale Umfeld und den Verlauf der Prozesse im Juni 1953 in der DDR sowie deren „Verwertung“ durch Kräfte in der BRD und in Westberlin deutlich zu machen.

Mit den „Abschließenden Gedanken“ blicken die Autoren in die Zukunft und vermitteln Optimismus für ihre Gestaltung.

Die 65 Seiten umfassende Broschüre wurde von der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. herausgegeben.

Autorenkollektiv der GRH

17. Juni- Wahrheit und Lügen

Eine notwendige Wortmeldung

Information 2/2013 der GRH. Die 65 Seiten umfassende Broschüre wurde von der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. herausgegeben und kann sowohl über diese als auch als Sammelbestellung über die Geschäftsstelle von ISOR bezogen werden.

GRH: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel./Fax 030 29784225;
 E-Mail verein@grh-ev.org

P.F.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss: 26.06.2013

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 31.07.2013

Einstellung im Internet: 09.08.2013

Auslieferung: 15.08.2013

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: 29 78 43 16

Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat
 29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: isor-redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
 Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00
 IBAN: DE 43 1005 000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
 Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr sowie nach tel. Terminvereinbarung (030 29 78 43 15) auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

Fragen an die Kandidaten für den Bundestag

Eberhard Rehling

Die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik sind seit Jahren verschiedenen „Reformen“ in der Sozialpolitik ausgesetzt. Das hat sich bisher nur zum Nachteil der abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen sowie der Rentnerinnen und Rentner ausgewirkt.

Darüber hinaus ist Deutschland durch die Sozialgrenze auch 22 Jahre nach Herstellung der staatlichen Einheit sozial geteilt. Diese Grenze markiert das „Lohn- und Rentengebiet West“ und das „Lohn- und Rentengebiet Ost“. Unsere Löhne und Gehälter liegen 20 bis 30 Prozent, die Renten ab 1. Juli 2013 noch 8,75 Prozent unter Westniveau.

Demgegenüber wurden Preise, Tarife, Mieten, also alle Kosten des täglichen Lebens dem Westniveau angeglichen und sind dadurch um ein mehrfaches gestiegen.

Es darf aber auch nicht vergessen werden: Jeder Versuch, Probleme mit militärischen Mitteln zu lösen ist noch niemals gelungen und soziale Ungerechtigkeiten haben sich dabei verschärft!

Es ergeben sich an die Kandidatinnen und Kandidaten für den demnächst zu wählenden Bundestag folgende Fragen:

1. Werden Sie sich bedingungslos gegen Einsätze der Bundeswehr im Ausland einsetzen?
2. Werden Sie sich im Bundestag für die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse, also besonders für einen gesetzlichen Mindestlohn, der in Ost und West gilt und zum Leben reicht, sowie für die Angleichung der Renten einsetzen?
3. Werden Sie dafür eintreten, dass in ganz Deutschland die gesetzliche Altersvorsorge sowie die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung gestärkt werden und alle Berufsgruppen mit ihrem gesamten Einkommen dazu herangezogen werden?
4. Werden Sie für ein Steuersystem eintreten, das die Menschen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und Vermögensstärke in Anspruch nimmt sowie alle Leistungen des Staates im Bildungswesen, zur Armutsvermeidung, zur Sicherung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung wie Versorgung mit Wasser, Energie und Mobilität, ohne Schulden des Bundes, der Länder und der Kommunen sichert?
5. Werden Sie einer weiteren, auch teilweisen, Privatisierung öffentlichen Eigentums, die ja auch Demokratieabbau bedeutet, entgegentreten und auf die Rekommunalisierung bisher privatisierter oder teilprivatisierter Einrichtungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge hinwirken?
6. Sind Sie sich darüber im Klaren, dass wir, die Wählerinnen und Wähler, Ihre Arbeitgeber sind und niemand sonst?

Die Fragen sollen eine Diskussion auslösen und das Publikum zum Nachdenken anregen.

Zwischenruf

Manche Kommunisten haben den Glauben an einen kommunistischen Umschwung aufgegeben. Das Kapital nicht. Es kämpft um seine Eigentumsrechte mit einer Intensität, als stünde der Umschwung morgen bevor. Das Kapital beweist selbst mit der unsinnigsten Delegitimierungsmaßnahme, für wie stark es den Kommunismus hält.

(Manfred Wekwerth, 2011)

Die wichtigsten Rentenpolitischen Aussagen der Wahlprogramme der Parteien

(nach einer verdi.-Dokumentation nach dem Ostrentengipfel vom Mai 2013)

Kriterien	CDU/CSU	SPD	B 90/Grüne	DIE LINKE	FDP	verdi
Rente mit 67	„Rente mit 67“ soll bleiben	„Rente mit 67“ aussetzen, bis mind. 50% der 60–64jährigen sv-pflichtig beschäftigt sind	„Rente mit 67“ beibehalten	„Rente mit 67“ abschaffen	Renteneintritt ab 60. Lj. möglich; Zeitpunkt frei wählbar, wenn Alterseinkommen über Grundsicherungsniveau liegt	„Rente mit 67“ abschaffen; Altersrente für langj. Versicherte wieder auf 62. Lj.; Altersrente für schwb. Menschen auf 60. Lj.
Rentenniveau und Beitragssentw.	Beitragssatzsenkung in 2012 und 2013;	Derzeitiges Niveau bis 2019 beibehalten; in 2020 Neubewertung Anlehnung an DGB-Modell	Angemessenes Rentenniveau	Rentenniveau auf 53% anheben	Beitragssatz langfristig unter 20 % halten	Aktuelles Rentenniveau beibehalten und schrittweise anheben; DGB-Rentenkonzept 2013
Erwerbsminderung	Erhöhung der Zurechnungszeit auf 62 CSU: Reha-Deckel anheben	Abschaffung der Abschläge, Verlängerung der Zurechnungszeit	Einschränkung bei den Abschlägen	Abschaffung der Abschläge, Erleichterung des Zugangs zur EM-Rente	Riester- und Rürup-Rente fördern, zum Erwerb eines Schutzes gegen Erwerbsminderung einsetzen	Abschaffung der Abschläge, Verlängerung der Zurechnungszeit; Abschaffung der 6/3-Std.-Regel und Wiedereinführung der Voll- und Halbschichtigkeit Reha-Deckel anheben
Sozialer Ausgleich in der Rente. Bekämpfung Altersarmut. Frauen und ihre Alterssicherung	Steuerfinanzierte Lebensleistungsrente mit Kinderkomponente (CDU); Bessere Bewertung von Pflege; Höhere Bewertung der Kindererziehung für vor 1992 geborene Kinder als „Mütterrente“	Höherbewertung der Zeiten der Arbeitslosigkeit, Fortsetzung der Rente nach Mindesteinkommen, wenn dann Rente unter 850 €, Aufstockung durch bedarfsgeprüfte Solidarrente (30 Beitragsjahre/40 Versicherungsjahre), bessere Bewertung von Kindererziehung	Garantierente von mind. 850 € für Neurentner (30 Jahre aktiv dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehend), obligatorisches Rentensplitting, bessere Bewertung von Kindererziehung, langfristige Abschmelzung der Hinterbliebenenrente	Solidarische Mindestrente von 1.050 €, Zeiten von Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen, Kindererziehung, Pflege besser absichern	lehnen Mindest- und Solidarrente ab; stärkere Förderung der privaten und betrieblichen Vorsorge	Höherbewertung der Zeiten von Alg II-Bezug mit 0,5 EP; Fortsetzung der Rente nach Mindesteinkommen, Gleichbehandlung von Zeiten der Kindererziehung von vor 1992 und nach 1991 geborene Kinder; deutliche Verbesserung bei Pflege (Pflegestufe I: 0,75 EP); keine Unterschiede Ost-West, sondern einheitlich Westwert
Übergang vom Erwerbsleben in die Rente	Kombi - Rente	Abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren und 45 Versicherungsjahren, Teilrente ab 60, Zusatzbeiträge zur GRV	Teilrente	k.A.	Abschaffung der Zuverdienstgrenzen; flexibler Renteneintritt ab 60. Lj.; Teilrente möglich	Altersteilzeit mit Förderung durch die BA; Hinzuverdienst und Teilrente flexibilisieren; Ausgleich von Rentenabschlägen vor dem 54. Lj.
Konzept zur Ost-West Angleichung	k.A.	Einheitliches Rentensystem Ost-West in Stufen, vollständige Angleichung des aRw bis 2020, sofortige Gleichstellung der pauschal bewerteten Zeiten, ab 2020 entfällt Hochwertung; Härtefallfonds	Möglichst schnell einheitliches Rentenrecht Ost-West, Anhebung aRw Ost auf West	aRw Ost zügig an das Westniveau anpassen, keine Abschaffung der Hochwertung	Rentenrecht in Ost und West vereinheitlichen	ver.di-Modell eines Angleichungszuschlags im Stufenmodell, das von Gewerkschaften und Sozialverbänden unterstützt und vertreten wird; Angleichungszuschlag wird zusätzlich gezahlt und soll die Diff. von aRw und aRw (Ost) in Stufen ausgleichen unter Beibehaltung der Hochwertung
Erwerbstätigen- / Bürgerversicherung	Absicherungspflicht für Selbständige, wahlweise in der GRV oder PRV	Erwerbstätigenversicherung	Bürgerversicherung	Erwerbstätigenversicherung	Erwerbstätigenversicherung wird abgelehnt	Erwerbstätigenversicherung
Betriebliche Altersversorgung / Riester-Rente	Freibeträge für private und betriebl. Vorsorge	Stärkung der bAV; Verbesserung der Kostentransparenz bei Riester-Rente	Stärkung der bAV; Basisprodukt für Riester-Rente	Ansprüche aus Riester-Renten in die GRV überführen	Stärkung/Ausbau der privaten und betrieblichen Altersvorsorge	Ausbau der bAV; Sozialversicherungsfreiheit mit Ausnahme der GRV beibehalten (ver.di Modell zur Zukunft der Entgeltumwandlung)